

DAS
**BANKEN-
TRIBUNAL**

**... WEIL DIE KRISE
SYSTEM HAT**



9.-11. APRIL, BERLIN

DAS BANKENTRIBUNAL



Die größte Finanz- und Wirtschaftskrise seit 1929 ist noch lange nicht vorbei. Schritt für Schritt ziehen die Folgen immer größere Kreise: Verschuldungsspirale, Staatskrisen, Ausverkauf der öffentlichen Infrastruktur. Doch eine angemessene Aufarbeitung der Ursachen ist bisher ebenso ausgeblieben wie eine wirkliche Kurskorrektur. Gewinne werden weiterhin privatisiert und Verluste auf die Allgemeinheit abgewälzt. Finanzakteure spekulieren exzessiver denn je und die Regierungen schauen zu. Reguliert wird nur mit Worten, aber es folgen keine Taten. **Deshalb macht Attac ein Bankentribunal – denn jemand muss es ja tun!**

In drei großen „Beweisaufnahmen“ werden Ankläger, Verteidiger, Richter, Zeugen und Gutachter die Hintergründe des Crashes und der fragwürdigen Bankenrettungen ausleuchten und dabei die Verantwortung von drei Bundesregierungen sowie von Bankern, Wirtschaftsprüfern, Ratingagenturen und Meinungsmachern prüfen.

Damit soll zum einen Aufklärung über strukturelle Krisenursachen und persönliche Verantwortung geschaffen werden, zum anderen auch die Voraussetzung für die Entwicklung von Alternativen. **Denn eines ist klar: Die neoliberale Ideologie ist gescheitert. Die Zeit für ein ganz anderes Wirtschafts- und Finanzsystem ist gekommen.**



BEWEISAUFNAHME I

VORBEREITUNG DER KRISE UND AUSHÖHLUNG DER DEMOKRATIE

Die Finanzkrise ist kein Naturereignis

Die Regierungen Schröder und Merkel verfolgten eine Politik der Deregulierung und Liberalisierung. Durch Niedriglohnpolitik und Absenken der Steuern für Unternehmen und hohe Einkommen sammelte sich immer mehr Vermögen bei den Reichen zulasten derer, die lediglich ihre Arbeitskraft zur Lebenssicherung hatten. Auch die Privatisierung öffentlicher Aufgaben wie der Renten blähte die Finanzmärkte auf.

Finanzmärkte ohne Kontrolle

Finanzmarktakteure konnten und können mit brandgefährlichen Instrumenten und minimalem Eigenkapital Billionen bewegen. Gesetzgeber und Bankenaufsichten in Deutschland, der EU und weltweit haben nicht nur zugeschaut, sondern diesen Prozess gefördert, um ihre jeweiligen Finanzstandorte zu stärken. Der Crash war absehbar.

Demokratie in Gefahr

Die Bankenrettungen waren und sind von Geheimhaltung und Verschleierung umgeben. Mit dem Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (SoFFin) wurde ein Schattenhaushalt mit einem Budget von 480 Milliarden Euro eingerichtet, der einer Kontrolle durch Parlament und Öffentlichkeit faktisch entzogen ist. 480 Milliarden – das ist das Anderthalbfache des Bundeshaushalts.

Wir fragen

Warum wurden frühzeitige Alarmsignale und mahnende Stimmen überhört? Wie konnte es dazu kommen, dass die Regierung erst zu handeln begann, als der Schaden unüberschaubar war und die Kosten astronomisch? Warum erfolgte die Bankenrettung zum größten Teil auf Kosten der Steuerzahler ohne die Finanzwelt angemessen zu beteiligen? Wie kann es sein, dass gerade diejenigen, die an der Entstehung der Krise mitgewirkt hatten, als Berater für die Rettungsmaßnahmen herangezogen wurden?

BEWEISAUFNAHME II

ZERSTÖRUNG DER ÖKONOMISCHEN LEBENSGRUNDLAGEN IN NORD UND SÜD

In sechs parallelen Anhörungen werden die Schattenseiten des gegenwärtigen Weltfinanzsystems und die Folgen der Krise erhell:

Verschuldung und Privatisierungsdruck: Die öffentlichen Haushalte sind alarmierend tief in den roten Zahlen. Städte und Gemeinden schließen kommunale Einrichtungen und sehen keinen anderen Ausweg, als den Ausverkauf öffentlicher Güter durch Privatisierungen und sogenannte „Public Private Partnerships“ voran zu treiben.

Arbeit: Die Finanzkrise kostet hunderttausende von Arbeitsplätzen. Wer unter Hartz IV fällt, sieht sich Stigmatisierung und Sanktionen ausgesetzt. Beschäftigte verzichten auf Löhne, um Betriebe zu retten. Wie verändert sich die Arbeitswelt in der Krise?

Gesundheit und Rente: Die zunehmende Privatisierung der sozialen Sicherung ist zugleich Folge und Mit-Ursache der globalen Finanzkrise. Menschenwürdige Versorgung bei Krankheit und im Alter droht ein Privileg für Reiche zu werden.

Folgen für den globalen Süden: Die Finanzkrise kostet gerade in den ärmsten Ländern Millionen von Menschen ihre Existenzgrundlage. Aber auch in Boomzeiten der Finanzindustrie verschärfen z.B. Spekulation mit Nahrungsmitteln und erdrückende Schulden die Armut.

Ökologische Folgen: Für Bankenrettungen konnten in kürzester Zeit Billionen mobilisiert werden; für den dringenden ökologischen Umbau in den Bereichen Energie, Mobilität und Landwirtschaft fehlt es dagegen an Geld. Stattdessen fließen Finanzmarktmilliarden weiterhin in destruktive fossile Projekte.

Demokratie: Durch systematische Geheimhaltung wie im Falle des SoFFin und eine personelle Verflechtung von Bankenlobby und Politik wird sowohl parlamentarische Kontrolle als auch das Vertrauen von Bürgern in die Demokratie untergraben.

BEWEISAUFNAHME III

VERSCHÄRFUNG DER KRISE

Worte, keine Taten

Seit Ausbruch der Krise sind von Politikern vollmundige Bekenntnisse zur Kontrolle der Banken zu hören. „Nie wieder Erpressung“, heißt es sogar aus dem Mund der Kanzlerin. Doch was geschieht wirklich? Allenfalls kleine Reparaturen, wie etwa eine Begrenzung der Managergehälter.

Keines der hochspekulativen Finanzprodukte und Finanzinstitute wurde verboten.

Die überlebenden Banken schlucken andere und werden noch größer – aber niemand gebietet Einhalt. Steueroasen werden nur verbal aber nicht faktisch ausgetrocknet. Die Banken werden mit billigem Zentralbankgeld versorgt, das keinesfalls bei den Unternehmen ankommt, sondern nie da gewesene Gewinne für Finanzmarktjongleure ermöglicht.

Banken und Großkonzerne gegen Regulierung

Die Großbanken führen ihre riskanten Spekulationsgeschäfte fort und schütten Milliardengewinne an Aktionäre und Manager aus. Sie beteiligen sich sogar mit Wettgeschäften an der Beschleunigung von Staatsbankrotten wie im Falle Griechenlands. Auch Konzerne wie E.ON, Siemens und BASF hintertreiben in Brüssel eine strenge Regulierung von Kreditderivaten.

Strukturelle Ursachen werden verschärft

Die Regierung Merkel-Westerwelle betreibt verstärkte Umverteilung von unten nach oben, vom Öffentlichen zum Privaten, z.B. durch Steuergeschenke an Reiche. Sie fördert damit genau die Strukturen, die in die Krise geführt haben.

Wir klagen an

Die Gewinner aus Zeiten vor der Krise werden nicht zur Kasse gebeten. Staatliche Institutionen werden nicht reformiert, um ihrer Regulierungs- und Kontrollaufgabe gerecht zu werden. Toxische Finanzpraktiken werden nicht verboten. Banken, die sich an den Bedürfnissen der Wirtschaft und am Wohl aller orientieren, sucht man vergebens. Es ist folglich nur eine Frage der Zeit, wann uns die nächste Krise trifft.

DIE BETEILIGTEN

Das Tribunal ist ein zivilgesellschaftlicher Prozess,
kein Theaterstück.

Angeklagt werden drei Bundesregierungen (Kabinett Schröder, Merkel I und Merkel II), die ihnen unterstellten Finanzaufsichten sowie Banker und Banken (besonders die Deutsche Bank), Ratingagenturen und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften.

Die Richter/innen:

Dr. Jürgen Borchert, Sozialrichter

Prof. Friedhelm Hengsbach, Wirtschaftsethiker

Danuta Sacher, Geschäftsführerin Terres des Hommes

Prof. Karl Georg Zinn, Wirtschaftswissenschaftler

Die Ankläger/innen:

Prof. Elmar Altvater, Politikwissenschaftler

Prof. Peter Grottian, Politikwissenschaftler

Dr. Detlef Hensche, Rechtsanwalt

Astrid Kraus, Unternehmensberaterin

Conrad Schuhler, Leiter des Instituts

für Sozial-Ökologische Wirtschaftsforschung

Die Verteidiger/innen

Dr. Wolfgang Kaden, Journalist (ehem. Chefredakteur

Der Spiegel und Manager Magazin)

Peter Wahl, WEED

Prof. Henner Wolter, Rechtsanwalt

Zeugen und Sachverständige

Sven Giegold, MdEP

Barbara Happe, urgewald

Sony Kapoor, Re-Define, Ex-Investmentbanker (angefr.)

Heidi Klein, Lobby Control

Sabine Leidig, MdB

Claus Matecki, DGB Vorstandsmitglied

Wangui Mbatia, Menschenrechtsaktivistin aus Kenia

Dr. Pedro Morazán, Südwind Institut

Dr. Gerhard Schick, MdB

Harald Schumann, Buchautor und Journalist

Dr. Axel Troost, MdB

Lucas Zeise, Buchautor und Journalist

u. a.

Es gibt sinnvolle Vorschläge für eine alternative Finanzwirtschaft. Diese müssen diskutiert, weiterentwickelt und miteinander verbunden werden. Wir brauchen ein breites Bündnis gesellschaftlicher Kräfte für eine Wende. Wenn das Urteil gesprochen ist, machen wir uns im Forum der Alternativen an die Arbeit.

Podiumsdiskussion: Wie viel Reform ist möglich, wie viel Revolution ist nötig im Finanzwesen?

Dr. Pedro Morazán (Südwind Institut)

Christian Felber (Attac-Österreich)

Conrad Schuhler (Institut für Sozial-Ökologische Wirtschaftsforschung München)

Workshop 1: Die Kapitalmärkte regulieren! Aber was würde welche Regulierung helfen?

Ein Überblick über die aktuell diskutierten Optionen für die Regulierung im Banken- und Finanzwesen

Philipp Hersel (Attac-AG Finanzmärkte)

Workshop 2: Von mehr Demokratie im Bankenwesen zur demokratischen Bank

Wie lässt sich direkte Demokratie auf das Bankenwesen übertragen?

mit Dr. Michael Efler (Bundesvorstand Mehr Demokratie)

Vorstellung eines Konzeptes „Die Demokratische Bank“

mit Katharina Muhr (Finanz-AG Attac Österreich)

Workshop 3: Alternativen in Lateinamerika

Die Reform des Bankensektors und der Geldpolitik in Venezuela

mit Victor Alvarez (ehemaliger Präsident der Außenhandelsbank und Staatsbank Venezuelas)

Workshop 4: Tauschringe, Regios und Bartergeschäfte

Alternative Verrechnungssysteme für eine bessere Welt?

mit Dr. Eva-Maria Hubert (Ökonomin)

Workshop 5: Wahrheit, Wut und Widerstand

Aktionen, Bürgerproteste und Subversion aus aller Welt:

Berichte und Entwicklung neuer Formen

DAS PROGRAMM

FREITAG, 9. APRIL 2010

- 19.³⁰ Eröffnung mit Albrecht Müller (NachDenkSeiten)
Kabarett mit Urban Priol und Georg Schramm
Lesung mit Ensemblemitgliedern der Volksbühne
22.⁰⁰ Ausklang mit der Klezmer-Band Forszpil

SAMSTAG, 10. APRIL 2010

- 9.⁰⁰ Einlass
9.³⁰ Anklageerhebung
11.⁰⁰ Beweisaufnahme I
14.⁴⁵ Beweisaufnahme II in 6 Anhörungen
17.¹⁵ Beweisaufnahme III
20.¹⁵ Konzert mit der Kleingeldprinzessin, anschl. Plädoyers
von Anklägern und Verteidigung
22.¹⁵ Musik von und mit Olli Schulz und DJ Bela B

SONNTAG, 11. APRIL 2010

- 10.⁰⁰ Urteilsverkündung
11.⁰⁰ Forum der Alternativen
13.⁰⁰ Abschluss und anschl. Vernetzung v. Aktivitäten

Eintrittspreise: Drei Tage für 25 €, Solikarte 35 €

Buchung über www.volksbuehne-berlin.de

Ermäßigter Eintritt für Geringverdiener 12 €

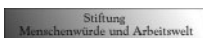
Essen: Die Kantine der Volksbühne versorgt uns am Samstagmittag mit warmem Essen (4 €) und am Abend mit einem kalten Buffet (3,50 €) sowie mit Getränken und Snacks in den Pausen (Essensbons/Selbstzahler).

Übernachtungsmöglichkeiten: Tipps und Buchung über Tribunal-Website – Schlafplätze ab 7 €/Nacht

Attac Deutschland, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt / Projektkoordinator Fabian Scheidler

WWW.ATTAC.DE/BANKENTRIBUNAL

unterstützt von:



in Medienpartnerschaft mit: **Frankfurter Rundschau**